



Newsletter Hochschule und Wissenschaft, Ausgabe 78, 21.11.2011

Ombudsperson an den Hochschulen im Land Bremen einführen

„Tierverbrauchsfreies Studium sicherstellen“

Hochschulpakt bedarfsgerecht weiterentwickeln – bundesweites Hochschulzulassungsverfahren endlich einführen!

Grüne wollen Ombudsperson für Studierende

Zu langes Warten auf die Korrektur von Klausuren und Abschlussarbeiten, ausfallende Sprechstunden bei Hochschullehrenden, eine als ungerecht empfundene Behandlung bei Prüfungen – bei solchen und anderen Problemen sollen sich Studierende künftig an eine neutrale Ombudsperson wenden können. Die Ombudsperson soll an jeder Hochschule im Land Bremen von den Studierenden vorgeschlagen und aus dem Kreis der Hochschullehrenden berufen werden. Dafür machen sich die Grünen mit einer Antragsinitiative stark, die gemeinsam mit der SPD in die Bürgerschaft eingebracht wurde und voraussichtlich im Dezember debattiert wird. Dazu erklärt die wissenschaftspolitische Sprecherin Silvia Schön: „Die Ombudsperson soll als AnsprechpartnerIn für Studierende dienen. Bei schwer wiegenden Problemen mit Lehrenden trauen sich Studierende oft nicht, dagegen vorzugehen. Eine vertrauenswürdige und neutrale Ombudsperson kann sie besser unterstützen.“ Die Ombudsperson soll in der jeweiligen Hochschulleitung angesiedelt werden. Das soll dazu beitragen, Probleme auf kurzem Wege zu lösen. Studierende sollen die Möglichkeit erhalten, ihre Kritik auch anonym der Ombudsperson zukommen zu lassen.

Hier geht es zum Antrag: http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/396/396076.antrag_ombudsperson_an_den_hochschulen_i.pdf

„Tierverbrauchsfreies Studium sicherstellen“

Tierverbrauch im Studium muss auf ein Mindestmaß reduziert werden. Deshalb haben wir den Senat in einer Kleinen Anfrage danach gefragt, an welchen Hochschulen und in welchen Lehrveranstaltungen lebende oder eigens dafür

www.gruene-fraktion-bremen.de

getötete Tiere eingesetzt werden. In welchem Umfang das passiert und ob diese Veranstaltungen Voraussetzung für den Studienerfolg sind. Die Antwort darauf liegt jetzt vor. Silvia Schön: "Ich bin einigermaßen entsetzt darüber, dass der Einsatz von Säugetieren an der Universität nicht zurück gegangen ist. Der Einsatz von Ratten hat sich sogar von 6 Tieren im Jahr 2006 auf 92 Tiere im Jahr 2010 vervielfacht. Die Argumente, weshalb diese Versuche für ein erfolgreiches Studium gebraucht werden, leuchten mir nicht ein. Schließlich macht sich die Universität das 3R-Prinzip (reduce, refine, replace) zum Grundsatz. Nimmt man diesen Grundsatz ernst, müssen Präparationstechniken nicht an Maus und Ratte gelernt werden, dazu reichen auch weniger entwickelte Lebewesen. Dass forschendes Lernen erst bei höher entwickelten Tieren möglich sein soll, ist einigermaßen bizarr. Sieht man sich die Entwicklung des Verbrauchs an Ratten an, kann von „reduce“ keine Rede sein. Ich habe den Eindruck, dass das Problembewusstsein beim Verbrauch von Säugetieren deutlich ausbaufähig ist."

Die Antwort auf die Kleine Anfrage finden Sie hier:

http://www.bremische-buergerschaft.de/drs_abo/Drs-18-112_524.pdf

Hochschulpakt bedarfsgerecht weiterentwickeln – bundesweites Hochschulzulassungsverfahren endlich einführen!

Größere Studierneigung, doppelte Abiturjahrgänge sowie die Aussetzung der Wehrpflicht lassen die Anzahl der Studienberechtigten in Deutschland erheblich ansteigen. Der Hochschulpakt reicht nicht aus, um eine ausreichende Anzahl bolognafester Studienplätze zu schaffen. Wir benötigen mehr Studienplätze, bei denen auch das Masterstudium bedarfsgerecht mitfinanziert wird. Gleichzeitig ist das Studienplatzvergabeverfahren ineffektiv und lässt viele Studienplätze unbesetzt. Fehlende bzw. unbesetzte Studienplätze verhindern Teilhabe und Aufstieg durch Bildung, vergrößern die Fachkräftelücke und erweisen sich als Innovationshemmnis. Deshalb wollen wir, dass im Hochschulpakt mehr Studienplätze mit einer bedarfsgerechten Masterkomponente finanziert werden. Gleichzeitig brauchen die Hochschulen im Hochschulpakt Planungssicherheit bis 2020. Darüber hinaus muss die Studienplatzvergabe transparenter und effektiver werden. Das „dialogorientierte Serviceverfahren“ muss zum nächsten Wintersemester endlich eingeführt werden.

Wir Grünen haben der SPD einen Antrag vorgelegt, in dem wir den Senat auffordern, sich auf Bundesebene für diese Weiterentwicklung des Hochschulpaktes sowie für ein bundesweites Zulassungsverfahren einzusetzen.

AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:



Silvia Schön, wissenschaftspolitische Sprecherin, Vizepräsidentin
silvia.schoen@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-231)



Andrea Quick, Referentin für Wissenschaft, Gesundheit, Frauen, Tierschutz
andrea.quick@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-252)

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen keine Haftung.